



Newsletter des Referats für Internationales, EU und Daseinsvorsorge

(Ausgabe 18. November 2020)

Inhalt

(Die einzelnen Kapitel können auch direkt angeklickt werden.)

1. Regierungspakt für Wien: Mehr Geld für Bildung, Schwerpunkt Klimaschutz.....	1
2. Ökonomisches 1x1 für steirische PolitikerInnen.....	1
3. Bundesregierung lässt Gemeindebedienstete bei Sonderbetreuungszeit im Stich.....	2
4. Schwerpunkte der EP-Plenartagung vom 11. – 13. November 2020.....	2
5. EU-Budget und Wiederaufbauplan: EU-Institutionen verkünden Einigung.....	3
6. EU-Kommission kündigt Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion an.....	5
7. EU-Kommission startet öffentliche Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung.....	6
8. USA-Wahl: Neue Vorzeichen für Europa.....	6

1. Regierungspakt für Wien: Mehr Geld für Bildung, Schwerpunkt Klimaschutz

Sichtlich gut gestimmt haben Bürgermeister Michael Ludwig und Neos-Klubchef Christoph Wiederkehr (bald schon Vizebürgermeister) am 17. November 2020 ihr Regierungsprogramm für Wien präsentiert. Schwerpunkte daraus sind mehr Geld für Bildung und strengere Regelungen für den Klimaschutz.

Die SPÖ stellt sechs amtsführende Stadträtinnen und Stadträte:

Jürgen Czernohorszky (Klimaschutz, Demokratie, Wahlen)

Kathrin Gaal (Vizebürgermeisterin, Wohnen, Frauen)

Peter Hacker (Gesundheit, Soziales, Sport)

Peter Hanke (Finanzen, Wiener Stadtwerke)

Veronica Kaup-Hasler (Kultur, Wissenschaft)

Ulli Sima (Mobilität, Stadtentwicklung, Smart City)

Die NEOS bekommen mit **Christoph Wiederkehr** einen Ressortchef (Bildung, Integration, Transparenz). Mit 30 Jahren ist er der Jüngste im Regierungsteam.

Eine Einschätzung der einzelnen Punkte des Regierungsabkommens folgt.

2. Ökonomisches 1x1 für steirische PolitikerInnen

Nulllohnrunde stärkt nicht das Budget, sondern schwächt die Wirtschaft

Vor allem in der Steiermark spielen führende PolitikerInnen noch immer mit dem Gedanken an eine Nulllohnrunde für Landes- und Gemeindebedienstete. Gezielt werden Gerüchte gestreut und Medien bedient.

Bevölkerung weiß, was Gemeindebedienstete leisten

„Diese Taktik wird nicht aufgehen“, sagt Christian Meidlinger, Vorsitzender der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft. „Die Bevölkerung weiß sehr gut, was Gemeindebedienstete in dieser schwierigen Zeit alles leisten. Sei es im Gesundheitswesen, im Kindergarten, bei der Wasserversorgung, bei der Wasserentsorgung, in der Verwaltung, bei der Müllabfuhr und in vielen anderen Bereichen. Sie halten das System am Laufen, auch wenn es mitunter gefährlich wird.“

Meidlinger glaubt auch nicht, dass die Doppelmoral der Politiker unerkant bleibt: „An dem einen Tag lassen sie sich mit den HeldInnen der Krise fotografieren, danken ihnen für ihre Arbeit, zeigen Verständnis für die schwierige Situation und am nächsten versuchen sie, das Gehalt zu kürzen. Glauben sie wirklich, dass das nicht auffällt?“

Ökonomisches 1x1

Der Gewerkschafts-Vorsitzende: „Die Politik soll keine Show abziehen, sondern sich an Fakten und Tatsachen orientieren. Wer jetzt eine Nulllohnrunde will, stärkt nicht das Budget, sondern fügt mit der Schwächung der Kaufkraft der Wirtschaft einen weiteren Schaden zu. Das ist ökonomisches 1x1. Es ist auch gegenüber der Bevölkerung nicht vertretbar, dass genau jene weniger verdienen sollen, die alles am Laufen halten.“

3. Bundesregierung lässt Gemeindebedienstete bei Sonderbetreuungszeit im Stich

Haben Gemeindebedienstete keine Betreuungspflichten?

Der Sozialausschuss des Parlaments hat den Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit durchgewunken. Damit bekommen ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft vier Wochen zusätzlich frei, wenn sie für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige keine Betreuung finden. „Das ist im Großen und Ganzen eine gute Lösung. Allerdings hat es die Bundesregierung verabsäumt, auch die Gemeindebediensteten in diese Regelung aufzunehmen“, sagt Christa Hörmann, stellvertretende Vorsitzende der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Im Regen stehen gelassen

Es werden also ausgerechnet jene ArbeitnehmerInnen im Regen stehen gelassen, die in der Pandemiezeit so viel für die Aufrechterhaltung des Landes leisten. Sei es im Gesundheitswesen, in der Elementarpädagogik und in vielen anderen Bereichen.

Dabei hat Familienministerin Christine Aschbacher noch groß verkündet, dass es ihr ein „Herzansliegen sei, die Vereinbarkeit von Familie & Beruf zu stärken – besonders auch in diesen herausfordernden Zeiten.“

Länder müssen jetzt rasch einspringen

Christa Hörmann: „Für meine KollegInnen in den Gemeinden klingen diese Worte wie Hohn. Glaubt die Ministerin, dass Gemeindebedienstete keine Betreuungspflichten haben? Es ist beschämend, dass die Bundesregierung keine klaren und einheitlichen Regelungen für alle schafft.“

yunion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert daher die Verantwortlichen in den Ländern auf, den Fehler der Bundesregierung zu korrigieren. Christa Hörmann: „Es braucht jetzt ein schnelles und koordiniertes Vorgehen, damit Gemeindebedienstete nicht benachteiligt werden. Das Schlimmste wäre jetzt ein Fleckerlteppich mit den unterschiedlichsten Bestimmungen.“

Drei Fragen an Ministerin

Christa Hörmann hat abschließend drei Fragen an Ministerin Aschbacher:

- Halten Sie die momentane Regelung für gerecht?
- Ist Ihnen bewusst, dass gerade im Gemeindedienst sehr viele Frauen beschäftigt sind?
- Was werden Sie unternehmen, damit auch Gemeindebedienstete einen Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit erhalten?

Christa Hörmann: „Die Antworten auf die Fragen soll sie nicht nur mir geben, sondern zum Beispiel der alleinerziehenden Kindergartenpädagogin, oder der Bediensteten im Gesundheitswesen.“

4. Schwerpunkte der EP-Plenartagung vom 11. – 13. November 2020

Im Rahmen der von 11. – 13. November 2020 stattfindenden Plenartagung des Europäischen Parlaments stehen u. a. folgende Themen auf der Tagesordnung:

Europaabgeordnete kommentieren den Ausgang der US-Wahlen

Die Fraktionsvorsitzenden werden am Mittwoch die möglichen Auswirkungen der US-Wahlen auf die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den USA und auf die Weltpolitik diskutieren (siehe dazu auch Punkt 8).

EU4Health: Parlament will neues EU-Gesundheitsprogramm stärken

Um die durch COVID-19 offengelegten Lücken zu schließen und sicherzustellen, dass die Gesundheitssysteme künftigen Belastungen gewachsen sind, braucht es ein solides EU-Gesundheitsprogramm (siehe dazu auch Punkt 5).

Europa-Abgeordnete fordern Anreize für nachhaltige Investitionen in den grünen Wandel

Die Europaabgeordneten werden am Freitag über Möglichkeiten zur Finanzierung des Grünen Deals und einer Verlagerung hin zu nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeiten abstimmen.

COVID-19-Impfstoffe: Parlament will volle Transparenz beim Erwerb durch die EU

Kriterien und Bedingungen für den Kauf durch die EU sowie die Gewährleistung eines fairen Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen werden am Donnerstag mit Kommissar Kyriakides erörtert.

COVID-19 und europäische Werte: demokratische Prinzipien "müssen sich durchsetzen"

Am Donnerstag werden die Abgeordneten die Kommission zu den Auswirkungen nationaler Maßnahmen auf die Werte der EU befragen und am Freitag eine Entschließung verabschieden.

Vizepräsidentenwahl im Europäischen Parlament

Nach dem Ausscheiden der Europaabgeordneten Mairead McGuinness, seit Oktober EU-Kommissarin, wird am Donnerstag eine neue Vizepräsidentin bzw. ein neuer Vizepräsident gewählt.

Europaabgeordnete debattieren über Kampf gegen den Terrorismus, Meinungsfreiheit und Bildung

Im Anschluss an die jüngsten Terroranschläge in Frankreich und Österreich werden die Abgeordneten die aktuellen Maßnahmen und das weitere Vorgehen bewerten.

Verbrechen gegen Journalisten dürfen nicht ungestraft bleiben: Debatte mit Josep Borrell

Die Abgeordneten werden am Mittwoch ihr Engagement zur Verteidigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Garantien zum Schutz von Journalisten bekräftigen.

EU-Parlament legt seinen Standpunkt zum Haushalt 2021 fest

Die EU-Gelder sollen 2021 vor allem dazu genutzt werden, die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzuschwächen und die wirtschaftliche Erholung zu fördern (siehe dazu auch Punkt 5).

Europa-Abgeordnete stimmen über verstärkte Zusammenarbeit des Netzwerks der Europäischen Arbeitsverwaltungen ab

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihr letztes Wort über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen in der EU haben.

[Für mehr Information.](#)

[Live-Stream zur Sitzung.](#)

5. EU-Budget und Wiederaufbauplan: EU-Institutionen verkünden Einigung

Nach monatelangem Feilschen um den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und den Wiederaufbauplan „NextGenerationEU“ (NGEU) konnte zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission eine politische Grundsatzvereinbarung erreicht werden. Die Gesamtsumme des EU-

Budgets wurde auf 1,8 Billionen Euro festgelegt. Ungarn und Polen verzögern jedoch mit einem Veto wegen des geplanten Rechtsstaatsmechanismus diese dringend benötigten Investitionen.

1.074 Milliarden beträgt der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die Jahre [2021 bis 2027](#) – das sind um 61 Milliarden weniger, als es der [Erstvorschlag der Kommission](#) im Mai 2018 vorsah. Der Großteil dieser Gelder sind weiterhin für die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionsfonds vorgesehen. Was diese Einigung dennoch besonders macht, ist die gleichzeitige Einigung über den Wiederaufbauplan NextGenerationEU, der im Zuge der Coronakrise [im April 2020 vorgelegt](#) wurde. Aufgrund des beispiellosen wirtschaftlichen Einbruchs der EU – die Kommission geht derzeit europaweit von einem Minus von [7,8 % für das laufende Jahr](#) aus – einigten sich die Institutionen auf zusätzliche 750 Milliarden Euro, die zum großen Teil in Form von direkten Zuschüssen an die Mitgliedstaaten ausbezahlt werden. [Bahnbrechend](#) ist darüber hinaus, dass die Kommission erstmals die Möglichkeit erhält, Anleihen an den Finanzmärkten auszugeben.

Ausgangspunkt für die nun gefundene Einigung der Institutionen war die gemeinsame Position der Staats- und Regierungschefs, die sie [im Juli 2020 verkündet](#) hatten. Seitdem folgten Verhandlungen mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments. Letztere konnten in einigen Bereichen Nachbesserungen erreichen, beispielsweise durch zusätzliche 15 Milliarden Euro insbesondere für das Forschungsprogramm Horizon Europe, Erasmus+ und das Gesundheitsprogramm EU4Health. Außerdem ist es dem Europäischen Parlament zuzuschreiben, dass 30 % der EU-Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels sowie – zumindest ab 2026 – 10 % für die Bewahrung der Biodiversität ausgegeben werden müssen.

Zur [Finanzierung des MFR](#) und des Wiederaufbaufonds sollen die Eigenmittel, also die direkten EU-Einnahmen, ausgebaut werden: Ab nächstem Jahr soll es eine Plastikabgabe geben, 2023 sollen eine CO₂-Grenzabgabe für Importe sowie eine Digitalsteuer folgen. Zudem wird die Kommission beauftragt, einen Plan zur Ausweitung des bestehenden Emissionshandelssystems vorzulegen. Außerdem soll ein neuer Anlauf zu einer Finanztransaktionssteuer folgen, und bei der – noch nicht beschlossenen – Gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage könnte ein Teil für das EU-Budget vorgesehen werden.

Aus Sicht der Gewerkschaften setzt die EU die richtigen Schritte im Kampf gegen den Klimawandel und die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie. So werden 30% der Haushaltsmittel für die Bekämpfung des Klimawandels investiert. Dazu richtet sie die EU-Fonds an den Zielen des neuen Grünen Deals aus und gründet zudem neue Förderprogramme wie den Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“). Im Rahmen eines eigenen EU-Konjunkturprogramms stehen weitere Mittel zur Verfügung, die neben Umweltmaßnahmen auch Projekte zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit sowie zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben vorsehen. „Im Grunde begrüßen wir die vorliegende Einigung, wiewohl wir uns in einzelnen Bereichen wie etwa Gesundheit, sozial gerechtem Übergang beim Umbau der Wirtschaft und Jugendbeschäftigung mehr gewünscht hätten“, stellt Thomas Kattinig, Mitglied des Bundespräsidiums von youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, fest.

Eine weitere zentrale Bedingung des EU-Parlaments, um den Vorschlägen zuzustimmen, ist eine stärkere Bindung an die [Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit](#). EU-Gelder sollen Mitgliedstaaten demnach verwehrt werden, wenn die Kommission Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit feststellt und der Rat diese mit qualifizierter Mehrheit bestätigt: Diese ist erreicht, wenn 15 der 27 Mitgliedstaaten zustimmen, die 65 % der Bevölkerung der EU repräsentieren.

Diese Rechtsstaatlichkeitsregel stellt wohl auch die letzte noch verbliebene Hürde dar: Dieser von der deutschen Ratspräsidentschaft mit ausgewählten VertreterInnen des EU-Parlaments ausgehandelte Kompromiss muss noch von den übrigen Mitgliedstaaten und dem Plenum des EU-Parlaments bestätigt werden. Die Regelungen zu den Eigenmitteln müssen darüber hinaus noch von allen

nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Die beiden Mitgliedstaaten Ungarn und Polen haben bereits ihr Veto angekündigt und blockieren damit die so wichtigen Finanzmittel zum Wiederaufbau der EU-Wirtschaft und auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

[Für mehr Information.](#)

Weiterführende Informationen:

[AK EUROPA: EU-Parlament kritisiert Budgetvorschlag des Rates](#)

[AK Positionspapier: EU-Haushalt als Motor für den Europäischen Aufbauplan](#)

[Arbeiterkammer Wien: Perspektiven für Europa in der Krise](#)

6. EU-Kommission kündigt Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion an

Der [Plan der Kommission für eine Europäische Gesundheitsunion](#) ist ein erster Schritt – laut Europäischem Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) muss aber mehr getan werden, um die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Gesundheitssysteme gegenüber Pandemien in Europa zu erhöhen.

Am 11. November veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag, der die ersten Schritte zu einer Europäischen Gesundheitsunion skizziert. Die Vorschläge kommen zu einem entscheidenden Zeitpunkt und fallen mit der Einigung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zusammen, das Budget von EU4Health auf 5,1 Milliarden Euro zu erhöhen. Es ist jedoch noch viel mehr erforderlich, um die langfristigen Schwächen anzugehen, die durch Kürzungen und Einschränkungen verursacht wurden und die die Reaktionsfähigkeit der europäischen Gesundheitssysteme untergraben haben.

Jan Willem Goudriaan, EGÖD-Generalsekretär: „Wir betrachten die Aufstockung der Mittel als Erfolg für das Gesundheitspersonal, das sich in ganz Europa mobilisiert hat, um mehr Investitionen in die Gesundheitssysteme zu fordern, aber sie bleibt hinter dem zurück, was tatsächlich benötigt wird. Die Fachkräfte des Gesundheitswesens leisten die notwendige medizinische Versorgung, um den bestehenden Gesundheitsbedrohungen zu begegnen. Es wurde wenig getan, um eine koordinierte Anstrengung zur Verringerung des Personalmangels, zur Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Gesundheitspersonals zu gewährleisten.“

Als Teil ihrer Europäischen Gesundheitsunion hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) ein gestärktes Mandat zu erteilen. Dies ist ein positiver Schritt, aber es ist entscheidend, dass diese Agenturen in ihrer Arbeit vollständig transparent und rechenschaftspflichtig sind. Damit sie erfolgreich sein können, müssen die Gewerkschaften, die die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegesystemen vertreten, an ihrer Leitung beteiligt werden. Gewerkschaften spielen eine unverzichtbare Rolle bei der Verteidigung der Interessen und der Gewährleistung der Gesundheit und Sicherheit der Menschen vor Ort in grenzüberschreitenden Gesundheitskrisen, wenn der Druck auf die Gesundheitssysteme und das Gesundheitspersonal hoch ist.

Der Vorschlag der Kommission, die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme in der EU durch ein EU-Audit zu stärken, muss noch geklärt werden: Der EGÖD hat Stresstests gefordert, bei denen die Bedingungen der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich ein wesentliches Element sind. Dies ist notwendig, um die Belastbarkeit der Gesundheitssysteme zu gewährleisten, die ohne die ArbeitnehmerInnen nicht funktionieren können.

Für die Schaffung einer wirkungsvollen und effektiven Europäischen Gesundheitsunion, die angemessen auf Pandemien reagieren kann, ist die Zusammenarbeit und Koordinierung der Gesundheitssysteme auf europäischer Ebene notwendig. Die Einbeziehung der Sozialpartner während des gesamten Prozesses wird der Schlüssel zum Aufbau langfristiger Programme und zur Sicherstellung, dass Europa in den kommenden Jahrzehnten über die erforderlichen Arbeitskräfte im Gesundheitswesen verfügt, sein. Die Gewerkschaften, die das Gesundheitspersonal vertreten, müssen in die Entwicklung der Bereitschaftspläne der EU einbezogen werden. Der EGÖD wird mit allen Beteiligten an der Verwirklichung einer Europäischen Gesundheitsunion arbeiten, die das Recht auf Versorgung für alle gewährleistet.

7. EU-Kommission startet öffentliche Konsultation zu Lieferketten und nachhaltiger Unternehmensführung

Die EU-Kommission will Nachhaltigkeit entsprechend dem europäischen Grünen Deal stärker in der Unternehmensführung verankern und hat dazu am 26. Oktober 2020 eine öffentliche Konsultation eingeleitet. „Nachhaltige Unternehmensführung kann die Art und Weise, wie Unternehmen in ihren Lieferketten operieren, wirklich verändern. Wir sichern jetzt neue Geschäftsstandards für künftige Generationen“, sagte EU-Justizkommissar Didier Reynders. Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation werden in einen Gesetzgebungsvorschlag einfließen, den die EU-Kommission im Jahr 2021 vorlegen wird.

„Nachhaltige Unternehmensführung ist ein wichtiger Beitrag zu den Zielen des europäischen Grünen Deal und wird für die Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen auf lange Sicht ebenso entscheidend sein wie für den Schutz der Menschenrechte und unsere internationalen Verpflichtungen, wie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Ziele des Pariser Klimaabkommens“, so der EU-Kommissar weiter.

Alle Interessengruppen sind eingeladen, sich zu beteiligen und ihre Ansichten zu teilen. Die Konsultation endet am 8. Februar 2021.

Die Konsultation wird die Ergebnisse von zwei Studien ergänzen: zu den Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in den Lieferketten und zu den Pflichten des Managements zur nachhaltigen Unternehmensführung.

[Zur Konsultation.](#)

8. USA-Wahl: Neue Vorzeichen für Europa

Nach tagelangem Warten standen am 7. November 2020 der nächste Präsident und die erste Vizepräsidentin der USA fest: Mit dem Sieg von Joe Biden und Kamala Harris kommt es zu einem Machtwechsel an der Spitze der USA, der auch Folgen für die EU mit sich bringt.

Europäische Welle der Gratulationen

Die Bekanntgabe des Wahlsiegs des US-Demokraten führte zu einer überparteilichen [Gratulationswelle aus der EU](#), angeführt vom irischen Premierminister Micheál Martin, der die irische Herkunft der Familie Biden hervorstrich. [Irland erhofft sich](#) durch Bidens Wahl eine verbesserte Rolle bei den Brexit-Verhandlungen, zumal die US-DemokratInnen die Position Irlands im Rahmen der Verhandlungen unterstützten. Neben Biden wurde auch die zukünftige Vizepräsidentin Kamala Harris mit Gratulationen überhäuft. Ihre Wahl hat eine große Symbolkraft: Sie ist nicht nur die erste Frau in dieser Funktion, sondern auch die erste Schwarze und erste

Südasiatin. Im [Plenum des Europäischen Parlaments](#) am 11. November 2020 begrüßte die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten ebenso den Sieg Bidens und Harris.

Erneuerung der transatlantischen Beziehungen

Das Verhältnis der EU zu den USA, welches die letzten vier Jahre unter Trump stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, gilt es nun zu reparieren. [Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen](#) sprach sich deutlich für die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen aus, die EU solle hierbei die Initiative übernehmen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht: [Mit Biden](#) wurde ein überzeugter Befürworter eines guten transatlantischen Verhältnisses gewählt.

EU-USA Handelskonflikt bleibt vorerst bestehen

Das handelspolitische Verhältnis zwischen der EU und den USA wird sich aber trotz der Wahl Bidens wohl nicht unmittelbar entspannen. Nach einem entsprechenden [Urteil des WTO-Streitschlichtungsgremiums](#) im andauernden Konflikt um Subventionen für die Flugzeughersteller Airbus und Boeing, verkündete die EU am 9. November 2020 die [Verhängung von Strafzöllen](#) in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Langfristig hoffen allerdings wohl so manche auf ein sich besseres Verhältnis, die Beilegung des Airbus-Boeing-Disputs und eine stärkere Zusammenarbeit – etwa hinsichtlich einer Reform der WTO oder eines EU-US-Handelsabkommens. Aus Sicht der AK gilt es jedenfalls, eine [Neuaufgabe des gescheiterten TTIP-Abkommens](#) ebenso zu verhindern wie eine anderweitige [Absenkung von Schutzstandards](#).

Unterstützung für Pariser Klimaschutzabkommen zugesagt

Berechtigt sind die Hoffnungen, dass die USA am internationalen Parkett wieder stärker auf Dialog und Kooperation setzen werden. Biden kündigte beispielsweise den Wiedereinstieg ins Pariser Klimaabkommen an und zielt – wie auch die EU – auf eine [Klimaneutralität bis 2050 ab](#). In seiner [Siegesrede](#) erklärte er Klimapolitik zu einer seiner Prioritäten. Wie ambitioniert diese tatsächlich sein wird, bleibt jedoch abzuwarten. Zudem ist wahrscheinlich, dass [nach den Stichwahlen um die beiden Senatsmitglieder aus Georgia im Jänner 2021](#) eine Sperrminorität der RepublikanerInnen im Senat bestehen bleibt. Damit würden klima-, gesundheits- und sozialpolitische Vorhaben wie schon unter Barack Obama nur schwer realisiert werden können.

Steuerpolitisches Programm

Biden präsentierte bereits vor der Wahl einen [Steuerplan](#) der Steuerhöhungen für Jahreseinkommen über 400.000 Dollar vorsieht. Auch ein Anstieg des Mindeststeuersatzes für Unternehmen wurde angekündigt. Dies ist nach den massiven [Kürzungen der Körperschaftssteuern unter Trump](#) von 35 auf 21 Prozent auch dringend notwendig. Über eine weltweite Einführung eines Mindeststeuersatzes für Unternehmen wird derzeit auf OECD-Ebene diskutiert. Zuletzt wurden die Verhandlungen darüber auf März 2021 verschoben. In wenigen Tagen findet zudem das nächste Treffen der G20 statt. AK und ÖGB [fordern daher mit Nachdruck eine möglichst rasche Einführung eines weltweiten Mindeststeuersatzes](#). Eine künftige Unterstützung durch die USA wäre dafür essentiell.

Weiterführende Informationen:

[AK EUROPA: Steuerpaket: Kurs stimmt, Tempo noch nicht](#)

[AK Positionspapier: EU-Wirtschaftsbeziehungen mit den USA: Vorschläge der Kommission für zwei Verhandlungsmandate](#)

Rückfragen:

**younion _ Die Daseinsgewerkschaft
Internationales, EU und Daseinsvorsorge**

**Thomas Kattnig
Mitglied Bundespräsidium**

thomas.kattnig@younion.at

www.younion.at

<https://www.facebook.com/younion.at/>

https://twitter.com/younion_at

Quellen:

BBC News, CNN Politics, Corporate Europe Observatory, Europäische Kommission, Europäischer Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD), Europäisches Parlament, newscientist.com, Österreichische Bundesarbeitskammer Büro Brüssel (AK EUROPA), Österreichische Bundesarbeitskammer, politico.eu, taxfoundation.org, Welthandelsorganisation (WTO), zeitschrift-luxemburg.de;